



Geschäftsführung Ausschuss für Umwelt und Grün

Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 04.02.2011

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 20.01.2011, 17:15 Uhr bis 18:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE
------------------------	-------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	bis 18:10 Uhr
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU	stellvertretend für RM Frau Welcker
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Werner Marx	CDU	stellvertretend für Herrn BM Bartsch
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	
Herr Klaus Artt	Pro Köln	

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.	stellvertretend für SE Herrn Fischer
------------------------	------------	--------------------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU
Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU
Herr Heribert Resch	CDU
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen

Herr Frank Kraus (FDP) auf Vorschlag der Grünen
Frau Brigitte Grosser auf Vorschlag pro Köln
Herr Dieter Koberg auf Vorschlag der Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Röttger- Schulz auf Vorschlag der StadtAG Behindertenpolitik bis 18:10 Uhr

Verwaltung

Herr Prof. Dr. Ernst Drösemeier
Herr Manfred Kaune
Frau Anke Ludwig
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Peter Winkels

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat auf Vorschlag der SPD

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Käthe Reiff auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)**
- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 2.1 Stadtweihersituation
Mündliche Anfrage von RM Herrn Kienitz in der Sitzung vom 09.12.2010
5293/2010

- 2.2 Ratsbeschluss vom 10.09.2009 wg. zusätzlicher Stellen im Baumschutz
Mündliche Anfrage von RM Herrn Dr. Welpmann vom 09.12.2010
5361/2010
- 2.3 Kleingartenanlage Im Merheimer Felde in Köln-Holweide
hier: Anfrage des SE Herrn Resch in der Sitzung des Ausschusses Umwelt
und Grün am 09.12.2010
0037/2011
- 2.4 Schutz von freilaufenden Katzen, wild- und freilebenden Tieren und Menschen
durch Kastration und Kennzeichnung freilaufender Katzen. Beantwortung der
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 21.09.2010, 4786/2010
0130/2011
- 3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 3.1 Umweltverträglichkeit des städtischen Fuhrparks
Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 13.01.2011
AN/0088/2011
- 4 Mündliche Anfragen**
- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 6 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 6.1 Regionale 2010 - RegioGrün/Landschaftsachse Meschenich
hier: Baubeschluss und Freigabe von investiven Zahlungsermächtigungen für
das Teilprojekt Landschaftsachse Meschenich
2. Durchgang
3747/2010
- 6.2 Sanierung des Blücherparks
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushalts
3337/2010
- 6.3 Kleingartenanlage Lindweiler Weg in Köln-Longerich - Bau einer Ringwasserleitung
hier: Freigabe von investiven Zahlungsermächtigungen des Finanzplanes
4790/2010
- 6.4 MÜLHEIM 2020 - Zuständigkeit der Bezirksvertretung Mülheim für Einzelprojekte
5396/2010

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

- 7.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Hohenstufenstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven
4757/2010

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

9 Mitteilungen

- 9.1 Chemie im Dialog
Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am 06.07.2010
3406/2010
- 9.2 Bewilligung der ELER-Förderung für die geplante Grünbrücke über die Rösrather Straße
0147/2011

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

11 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

12 Mündliche Anfragen

13 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung

14 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 14.1 Prüfung Abfallsammlung und -entsorgung auf städtischen Friedhöfen bei 67 - Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
4771/2010

15 Vergaben

16 Mitberatung von Planungsvorlagen

17 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

18 Mitteilungen

- 18.1 Vergebene Aufträge
0002/2011

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)

Keine.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine.

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Stadtweihersituation

Mündliche Anfrage von RM Herrn Kienitz in der Sitzung vom 09.12.2010 5293/2010

RM Herr Kienitz merkt an, bei Tieren in freier Wildbahn sei das Füttern in Notzeiten erlaubt. Er könne nicht nachvollziehen, wieso dies bei Tieren im städtischen Umfeld nicht erlaubt sei.

SB Herr Dr. Albach spricht von einer Abwägungsfrage, ob Füttern erlaubt sei oder nicht. Er frage sich, wie dies den Bürgern vermittelt werde.

Herr Kaune verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung und betont, es gebe keine Erlaubnis zum Füttern. Es herrsche das ganze Jahr ausnahmsloses Fütterungsverbot.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Kaune zur Kenntnis.

2.2 Ratsbeschluss vom 10.09.2009 wg. zusätzlicher Stellen im Baumschutz

Mündliche Anfrage von RM Herrn Dr. Welpmann vom 09.12.2010 5361/2010

RM Herr Dr. Welpmann bezeichnet die Beantwortung seiner Anfrage als unzureichend. Die Verwaltung rechne darin einen reduzierten Stellenbedarf von 4,0 Stellen vor, der eine Änderung der derzeit bestehenden Baumschutzsatzung voraussetze und den Eindruck erwecke, als handle es sich dabei um eine reine Formalität.

Herr Dr. Welpmann betont, es bestehe seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion kein politischer Wunsch, die Baumschutzsatzung anzupassen oder in irgendeiner Art zu ändern. Vielmehr werde die Verwaltung aufgefordert, die Baumschutzsatzung zu beachten und genauso umzusetzen, wie sie jetzt gefasst sei. Das bedeute, dass auch der Ratsbeschluss vom 10.09.2009 genauso umzusetzen sei, wie er gefasst worden sei.

Sollte die Verwaltung dazu Verbesserungsvorschläge haben, müssten diese zunächst im Ausschuss Umwelt und Grün vorgestellt, diskutiert und ggfls. beschlossen werden. Es könne nicht sein, dass in einer Organisationsveränderung Dinge anders gehandhabt werden, als sie nach Baumschutzsatzung erforderlich seien. Daher weise die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Beantwortung strikt zurück.

RM Herr Bacher äußert seine Verwunderung darüber, dass es erst einer Anfrage bedurfte, um darüber informiert zu werden, dass ein Ratsbeschluss nicht umgesetzt wird. In der Verwaltungsvorlage, die am 10.09.2009 vom Rat beschlossen wurde, sei von Kostenneutralität die Rede gewesen, weil mit der Stellenzusetzung Einnahmen verbunden seien. Die Alternative der Beschlussvorlage habe der Rat nicht beschlossen, weil damit eine Änderung der Baumschutzsatzung verbunden gewesen sei. Eben dies wollte der Rat nicht.

Herr Bacher bezeichnet es als große Frechheit, einerseits die Änderung der Baumschutzsatzung in Aussicht zu stellen und zu unterstellen, dass die Organisationsumstellung auch ohne Personalzusetzung gelingt, andererseits anzukündigen, dass eine zügige Bearbeitung der Satzungsänderung aufgrund der mangelnden personellen Ressourcen nicht möglich sei.

SB Herr Dr. Albach findet es spannend, wenn sich sein – ursprünglich abgelehnter – Vorschlag, die Nachweispflicht auf den Antragsteller zu übertragen, in einer späteren Organisationsumstellung der Verwaltung wiederfindet. Klar sei, dass jetzt im Raume stehe, die Nachweispflichten an das Personal anzupassen. Es gehe jedoch nicht darum, den Geltungsbereich einzuschränken, sondern den Prozess zu verändern, um ihn effizienter zu gestalten. Allerdings sei die Beantwortung viel zu knapp, um daraus Schlüsse zu ziehen. Herr Dr. Albach fordert die Verwaltung auf, klar darzulegen, welche Veränderung sie vorschlagen wolle.

Beigeordnete Frau Reker äußert Verständnis für die Tatsache, dass die Politik nicht damit einverstanden ist, wenn die von ihr getroffenen Beschlüsse von der Verwaltung nicht umgesetzt werden. Sie nehme den Auftrag und das sehr deutliche Votum der Politik mit und werde in einer der nächsten Sitzungen noch mal auf den Sachverhalt zurück kommen.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller schließt sich ausdrücklich der Empörung ihrer Vorredner an und bekräftigt, es sei dem Ausschuss Umwelt und Grün wichtig, es nicht bei dieser Stellungnahme zu belassen, sondern wenn möglich in der nächsten Sitzung eine neue Stellungnahme oder Mitteilung der Verwaltung zu erhalten.

**2.3 Kleingartenanlage Im Merheimer Felde in Köln-Holweide
hier: Anfrage des SE Herrn Resch in der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am 09.12.2010
0037/2011**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.4 Schutz von freilaufenden Katzen, wild- und freilebenden Tieren und Menschen durch Kastration und Kennzeichnung freilaufender Katzen.
Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 21.09.2010,
4786/2010
0130/2011**

RM Frau Stahlhofen bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

3.1 Umweltverträglichkeit des städtischen Fuhrparks Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 13.01.2011 AN/0088/2011

Eine Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

4 Mündliche Anfragen

4.1 Rotbuche im Rochuspark Anfrage des SE Herrn Koberg

SE Herr Koberg erwähnt einen Pressebericht, dem zu entnehmen gewesen sei, dass das von der Bevölkerung geforderte Zweitgutachten über den Zustand der Blutbuche im Rochuspark vorliege. Es heiÙe, der Baum müsse zumindest vorläufig nicht gefällt werden. Daraus ergeben sich für die Fraktion Die Linke.Köln folgende Fragen:

1. Ist es richtig, dass die Buche dennoch weiterhin abgesperrt ist und wie lange soll dies so bleiben?
2. Wann werden die hierdurch entstandenen Schäden, wie z. B. Trampelpfade, behoben?
3. Welche Baum erhaltenden Maßnahmen (das Gutachten fordert unter anderem, den Boden unter dem Baum zu lockern und den Weg zu verlegen) werden ergriffen, um dem Baum ein möglichst langes Überleben zu ermöglichen?
4. Welche Maßnahmen sind möglich, um den Baum auch nach seinem Absterben als Lebensraum und Blickpunkt zu erhalten und welche werden durchgeführt?

Herr Dr. Bauer informiert darüber, dass das zweite Gutachten vorliege und man es der BV Ehrenfeld zur Verfügung gestellt habe.

Das Umfeld des Baumes sei derzeit noch abgesperrt, werde aber kurzfristig aufgehoben, weil das zweite Gutachten die Anlage eines neuen Weges fordere. Dieser Weg soll nicht im direkten Umfeld des Baumes liegen.

Das Gutachten schreibe außerdem vor, den Untergrund unter der Baumkrone aufzulockern und mit dauerhaften Stauden zu bepflanzen, damit der Baum eine gute Wasser- und Luftversorgung erhalte. Als kleinere Maßnahme müsse noch die Krone gesichert werden, so dass dann alle sofort zu ergreifenden Maßnahmen abgearbeitet seien.

Der Gutachter sage aber ganz klar, der Baum müsse weiterhin kontrolliert werden und nach drei Jahren soll ein neues Gutachten erstellt werden.

Ob es dazu komme, dass der Baum absterben könne, wisse man jetzt nicht. Vielleicht müsse im Vorfeld reagiert werden, wenn der Baum akut umsturzgefährdet sei.

4.2 Umweltpreis der Bundesstiftung Umwelt Anfrage des SE Herrn Donath

SE Herr Donath merkt an, in der Ausschusssitzung am 21.01.2010 wurde in einer Mitteilung über die Vergabe des Deutschen Umweltpreises 2010 der Deutschen Bundes-

stiftung Umwelt berichtet (s. Nr.: 0119/2010). Er vermisse die Mitteilung für die Auslobung für 2011 und bittet, den Ausschuss in der nächsten Sitzung darüber zu informieren.

Herr Liebmann erklärt, die Flyer und entsprechenden Schreiben dazu seien in Bearbeitung. Sie würden in Kürze veröffentlicht, so dass man in der nächsten Sitzung dazu umfassend informieren könne.

4.3 Umweltschutzpreis der Stadt Köln Anfrage des SB Herrn Dr. Fladerer

SB Herr Dr. Fladerer meint sich zu erinnern, dass bei der letzten Auslobung des Umweltschutzes der Ausschuss Umwelt und Grün ein neues Konzept bzw. eine neue Struktur wollte und die Verwaltung eine entsprechende Vorlage erarbeiten sollte. Er fragt nach dem Sachstand.

Herr Liebmann sagt zu, den Sachstand zu erfragen und in der nächsten Sitzung darüber zu informieren.

4.4 Rückschnittarbeiten in der Roggendorfstraße Anfrage der SE Frau Grosser

SE Frau Grosser berichtet, in der Roggendorfstraße Höhe Hausnummer 113 bis 117 seien in der vergangenen Woche (2. KW) immergrüne gut gewachsene Wacholderbüsche von Mitarbeitern der Stadt Köln bis auf Stock heruntergeschnitten worden. Die Anwohner seien äußerst verärgert, da die Büsche nicht nur gut aussahen, sondern auch Schutz vor den Abgasen geboten hätten. Sie wollten wissen, weshalb dort so radikal zurückgeschnitten worden sei.

Herr Kaune sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

4.5 Brombeerhecken in Flittard Erinnerung an mündliche Anfrage von SB Herrn Dr. Albach vom 23.11.2010

SB Herr Dr. Albach kommt auf seine mündliche Anfrage vom 23.11.2010 zurück, die noch nicht beantwortet ist. Ihn interessiere die Beantwortung insbesondere, da dort angrenzend derzeit ein Bebauungsplanverfahren laufe.

4.6 Rückschnitt von Gehölzen; hier: Auf den Stocksetzen von Büschen Anfrage des RM Herrn Bacher

RM Herr Bacher fragt, ob ein "auf den Stock setzen" von Büschen einer Vergreisung der Büsche entgegen wirke.

Herr Dr. Bauer erklärt, es gebe verschiedene Methoden des Rückschnittes bei Ziergehölzen im Winter. Das "auf den Stock setzen" diene als Verjüngungsmaßnahme. Wenn man z. B. bei Forsythien die Blühwilligkeit erreichen wolle, müsse man die Sträucher in einem gewissen Rhythmus zurückschneiden. Ob man dies gestuft oder "auf den Stock setzend" durchführe, sei letztendlich gleichgültig, hänge aber auch mit dem Ziel der Anpflanzung zusammen.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

Keine.

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

6.1 Regionale 2010 - RegioGrün/Landschaftsachse Meschenich hier: Baubeschluss und Freigabe von investiven Zahlungsermächtigungen für das Teilprojekt Landschaftsachse Meschenich 2. Durchgang 3747/2010

Beschluss:

1.

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt den Bau der Einzelmaßnahme Landschaftsachse Meschenich mit Gesamtkosten von 457.064,- €

2.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2010/2011 - die Freigabe einer im Doppelhaushalt 2010/2011 veranschlagten Zahlungsermächtigung in Höhe von 424.564,- €. Die Freigabe erfolgt – unter dem Vorbehalt der anteiligen Förderbewilligung – aus Teilfinanzplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen; Hj. 2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.2 Sanierung des Blücherparks hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushalts 3337/2010

RM Herr Dr. Welpmann fragt, ob es eine Prioritätenliste zur Sanierung von Gewässern nach limnologischen Gesichtspunkten gebe und ob im konkreten Fall noch weitere Maßnahmen, z. B. hinsichtlich einer Uferbefestigung, erforderlich seien.

Herr Dr. Bauer kündigt für die nächste Sitzung eine Vorlage an, die das bereits vorgestellte Konzept zu den Kölner Weihern enthalte. Am Blücherpark werde man im Bereich des Weihers im Rahmen der Mauersanierung zunächst nur die Abdeckungen und die Gebiete, wo sich die Bastionen befinden, reparieren. Ins Wasser gehe man mit dieser Maßnahme nicht. Dies werde Bestandteil des Konzeptes sein.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2010/2011- eine Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen für Maßnah-

men des Bürgerhaushalts in Höhe von 910.000,- €. Die Freigabe erfolgt aus den im Doppelhaushalt 2010/2011, Teilergebnisplan 1301, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, veranschlagten Aufwandsermächtigung, Hj. 2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.3 Kleingartenanlage Lindweiler Weg in Köln-Longerich - Bau einer Ringwasserleitung
hier: Freigabe von investiven Zahlungsermächtigungen des Finanzplanes
4790/2010**

Beschluss:

1. Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt der Bezirksvertretung Nippes, wie folgt zu beschließen:

Die Bezirksvertretung Nippes nimmt die Planung für die Neuerstellung einer Wasserleitung in der Kleingartenanlage Lindweiler Weg in Köln–Longerich zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Baumaßnahme mit Gesamtkosten von 118.000,- EUR durchzuführen.

2. Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen;

Der Finanzausschuss beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2010/2011 - die Freigabe einer im Doppelhaushalt 2010/2011 veranschlagten Zahlungsermächtigung in Höhe von 109.000,- EUR aus Teilfinanzplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen; Hj. 2011.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 MÜLHEIM 2020 - Zuständigkeit der Bezirksvertretung Mülheim für Einzelprojekte
5396/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt den Sachstand zum Strukturförderprogramm MÜLHEIM 2020 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die noch erforderlichen Entscheidungen zu Einzelprojekten des Programms entsprechend dem Grundsatzbeschluss des Rates vom 05.05.2009 (Vorlage-Nr. 3493/2008) der Bezirksvertretung Mülheim vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren. Dies gilt nicht für investive Projekte.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

7.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung **Arbeitstitel: Hohenstaufenstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven** **4757/2010**

Die Ausschussvorsitzende weist auf den gemeinsamen Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin, der als Tischvorlage umgedruckt sei.

RM Herr Bacher stellt einige Fragen. Er möchte wissen, was die Formulierung in der Beschlussvorlage unter "Alternative" bedeutet: "Keine, da eine Bebauung des Grundstücks in vergangenen Sitzungen in Aussicht gestellt wurde". Außerdem fragt er, wie sichergestellt werde, dass an anderer Stelle ein Ausgleich erfolgt, ob der Investor auf dem Gelände bereits Maßnahmen ergriffen habe und welche Konsequenzen hieraus für das weitere Verfahren gezogen werden.

Herr Scheu vom Stadtplanungsamt antwortet, der Stadtentwicklungsausschuss habe die Durchführung einer Mehrfachbeauftragung beschlossen. Diese habe der Investor auf seine Kosten durchgeführt. Insofern sei es schwierig, hinterher zu erklären, dass man als Alternative eine Nichtbebauung des Grundstücks zur Abstimmung bringe. Für den Ausgleich sei ein Grundstück nördlich von Porz-Gremberghoven vorgesehen. Auch müsse für die Eingriffe, die im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zulässig werden, ein Ausgleich geschaffen werden. Die Lindenreihe entlang der Hohenstaufenstraße und die Bäume entlang der Steinstraße sollen komplett erhalten werden. Seitens des Grundstückseigentümers habe es einen Rodungsversuch gegeben, der aber rechtzeitig gemeldet und von der Unteren Landschaftsbehörde (ULB) im Wesentlichen gestoppt worden sei.

Herr Moers, Leiter der Unteren Landschaftsbehörde, ergänzt, es handle sich um ein laufendes Verfahren und die Naturschutzproblematik sei immer noch ungeklärt. Baumfällungen seien in erheblichem Umfang erfolgt. Die ULB habe diese zwar stoppen können. Jedoch habe die Absicht bestanden, die gesamte Fläche vorzubereiten. Es laufe ein Ordnungswidrigkeitsverfahren, woraus Ausgleichsverpflichtungen vor Ort bestünden.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller merkt an, in Anlage 9 stehe unter Umweltbelangen im Punkt Tiere: "Das Vorkommen streng geschützter Tierarten ist im Plangebiet nicht ausgeschlossen." Sie fragt, wie die Verwaltung damit umgehe, dass hier schleunigst ein Kartierungsverfahren vorgenommen werden müsse.

Herr Moers antwortet, dass dies noch abgestimmt werden müsse.

RM Herr Dr. Welpmann begründet kurz den Ergänzungsantrag. Aus der Vorlage gehe hervor, dass bereits heute am Planungsstandort erhebliche Verkehrslärmbelastungen vorhanden seien. Man wolle dies jedoch nicht nur auf der Passivseite gelöst wissen, sondern bereits an der Quelle ansetzen, indem aktive Schallschutzmaßnahmen geprüft werden. Zudem sei in der Vorlage ausgeführt, dass dort der Grenzwert für Stickoxyde erreicht werde. Auch hier mache es Sinn, quellenseitig über eine Minderung nachzudenken, so dass dort gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse herrschen. Zu-

dem zeige die hier gemachte Erfahrung hinsichtlich des rechtswidrigen Eingriffs wieder einmal, dass eine Bestandserfassung im Arten- und Naturschutz frühest möglich und umfassend erfolgen müsse, wenn ein solches Planverfahren eingeleitet werde.

Herr Scheu informiert darüber, dass es eine schalltechnische Untersuchung geben werde. Hier müsse geprüft werden, inwieweit diese um die aktiven Schallschutzmaßnahmen erweitert werden könne. Bei der Luftschadstoffuntersuchung handle es sich um ein Grobscreening. Dies werde noch mal überarbeitet. Hinsichtlich des Artenschutzes stimmt Herr Scheu zu, dass die Bestandsaufnahme sehr frühzeitig vorgenommen werden müsse, dies gehe aber in der Regel nur im Frühjahr. Speziell in diesem Verfahren sei die Fläche bereits seit 2004 in der Diskussion, es sei aber noch nie ein Bebauungsplaneinleitungsverfahren beschlossen worden. Daher sei der Investor auch nur in sehr begrenztem Umfang bereit, Mittel für solche Untersuchungen zu investieren, weil er zunächst die politische Willensbildung abwarten möchte.

SB Herr Dr. Albach beantragt, den Ergänzungstext um die Passage "**inklusive der zu erwartenden Kosten und Kostenverteilung**" zu erweitern. Dies wird von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen akzeptiert.

Auf die Frage von RM Frau Stahlhofen, ob für dieses Grundstück ein Gutachten des Kampfmittelräumdienstes existiere, antwortet Herr Scheu, der Kampfmittelräumdienst werde im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens beteiligt und gebe seine Stellungnahme ab.

- Zunächst lässt die Ausschussvorsitzende über den gemeinsamen, von Herrn Dr. Albach mündlich ergänzten, Zusatzantrag abstimmen:

Mündlich ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

5. beauftragt die Verwaltung, im Verfahren Möglichkeiten aktiver Schallschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität zu prüfen und den Gremien entsprechende Verbesserungsvorschläge **inklusive der zu erwartenden Kosten und Kostenverteilung** vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- Anschließend lässt sie über den so ergänzten Beschlusstext abstimmen:

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt die Ergebnisse eines für das zwischen der Cimbernstraße im Norden, der Steinstraße im Osten und der Hohenstauferstraße im Süden und Westen in Köln-Porz-Gremberghoven gelegenen Gebietes (Anlage 1) durchgeführten kompakten Gutachterverfahrens zur Kenntnis (Anlagen 2 - 8);

2. empfiehlt der Verwaltung, den Investor zu beauftragen, das Konzept, das den ersten Rang zuerkannt bekommen hat (Anlage 3), entsprechend den Hinweisen des Preisgerichtes überarbeiten zu lassen;
3. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) für das zwischen der Cimbernstraße im Norden, der Steinstraße im Osten und der Hohenstaufenstraße im Süden und Westen in Köln-Porz-Gremberghoven gelegene Gebiet ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) – Arbeitstitel: Hohenstaufenstraße/Steinstraße in Köln-Porz-Gremberghoven – einzuleiten mit dem Ziel, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Wohnungsbau, einer Kindertagesstätte sowie eines Regenrückhaltebeckens zu schaffen
4. und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB auf der Grundlage des überarbeiteten Entwurfskonzeptes (siehe 2) nach Modell 2 (Versammlung).
5. **beauftragt die Verwaltung, im Verfahren Möglichkeiten aktiver Schallschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität zu prüfen und den Gremien entsprechende Verbesserungsvorschläge inklusive der zu erwartenden Kosten und Kostenverteilung vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

9 Mitteilungen

9.1 Chemie im Dialog

**Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln zur Sitzung des Gesundheitsausschusses am 06.07.2010
3406/2010**

RM Frau Nessler-Komp stellt vor dem Hintergrund, dass das Ereignis bereits 2 Jahre zurückliege, einige Nachfragen:

In der Antwort zu Frage 2 sei von einer Anpassung einer Stabssoftware mit Namen "DISMA" auf die Kölner Anforderungen die Rede. Frau Nessler-Komp möchte wissen, wann diese Anpassung abgeschlossen sei.

Hinsichtlich eines wettbewerblichen Dialogs mit 3 teilnehmenden Anbietern, fragt sie, wie lange dieser wettbewerbliche Dialog noch dauere.

Die Antwort zu Frage 3 informiere darüber, dass umfangreiche Projekte und Maßnahmen in Angriff genommen würden. Sie fragt nach, um welche Projekte und Maßnahmen es sich handle.

Die Informations- und Unterrichtungskanäle für Medien und die Bevölkerung würden umfassend erweitert. Frau Nessler-Komp fragt nach, wie diese erweitert werden.

In der weiteren Antwort zu Frage 3 stehe: Im Großschadensfall könnte das Krisenmedienzentrum in Betrieb genommen werden. Frau Nessler-Komp fragt, weshalb hier der Konjunktiv benutzt werde, also "könnte" und warum heiße es nicht "kann".

SB Herr Dr. Albach fragt, inwieweit die Stadt Köln, wenn sie Informations- bzw. Kommunikationsinstrumente anschafft, dies mit den Nachbarkreisen und den dort zuständigen Behörden abstimme, so dass nicht plötzlich bei einem Schadensereignis die Information und Kommunikation an der Stadtgrenze Halt mache. Er möchte dies vor dem Hintergrund wissen, dass fast die gesamte Chemie sich an den Stadtgrenzen von Köln befinde.

Die Beigeordnete sagt zu, die Fragen an die zuständige Fachverwaltung weiter zu leiten und um Antwort zu bitten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

9.2 Bewilligung der ELER-Förderung für die geplante Grünbrücke über die Rösrather Straße 0147/2011

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung erfreut zur Kenntnis.

gez.
Dr. Sabine Müller
(Ausschussvorsitzende)

gez.
Barbara Bültge
(Schriftführerin)